

JÜDISCHE STIMME

FÜR DEMOKRATIE UND GERECHTIGKEIT IN ISRAEL/PALÄSTINA

Newsletter Nr. 117

Antisemitismus und Kritik an Israel

Fragwürdige Antisemitismus-Definition

Es gibt eine schöne und einfache Definition von Antisemitismus. Sie stammt vom britischen Philosophen Brian Klug. Antisemitismus ist, sagt er, wenn man Juden und Jüdinnen – Menschen aus Fleisch und Blut – hasst, weil sie „Juden“ – in Anführungszeichen: Projektionsflächen von althergebrachten Stereotypen – sind. Auch die Soziologin Helen Fein hat eine klare Definition von Antisemitismus vorgelegt: «Antisemitismus ist ein dauerhafter latenter Komplex feindseliger Überzeugungen gegenüber Juden als einem Kollektiv. Diese Überzeugungen äussern sich beim Einzelnen als Vorurteil, in der Kultur als Mythen, Ideologie, Folklore und in der Bildsprache, sowie in Form von individuellen oder kollektiven Handlungen – soziale oder gesetzliche Diskriminierung, politische Mobilisierung gegen Juden, und als kollektive oder staatliche Gewalt –, die darauf zielen, sich von Juden als Juden zu distanzieren, sie zu vertreiben oder zu vernichten»



Heute scheint damit nicht alles gesagt zu sein. Die Schwierigkeit beginnt dort, wo nicht über den

gemeinen Antisemitismus debattiert wird sondern wo es darum geht, ob und wie Israel kritisiert werden darf.

Vor zwei Jahren verabschiedete die International Holocaust Remembrance Alliance (IHRA) eine [Definition](#) von Antisemitismus, welche eine Anzahl europäischer Staaten mittlerweile übernommen hat. Die IHRA ist eine zwischenstaatliche Einrichtung, welche Regierungen und ExpertInnen zusammenbringt mit dem Ziel der Erforschung des Holocaust und der Förderung der Erinnerung daran. Heute drängt die EU in Zusammenarbeit mit der israelischen Regierung darauf, dass diese Definition allgemein anerkannt wird.

Wir sind der Meinung, dass die IHRA-Definition fragwürdig ist und instrumentalisierbar für die Belange der israelischen Regierung. Bei sieben der elf Beispiele, welche die Definition ergänzen und erklären sollen, handelt es sich um die Frage von Kritik an Israel. Wir haben das Dokument analysiert und sehen, wie diese Antisemitismus Definition instrumentalisiert werden kann, um legale, gewaltfreie Aktivitäten zu unterbinden oder den Raum der zivilgesellschaftlichen Möglichkeiten einzuschränken.

Mit unserer [Analyse](#) haben wir auch einen Appel an die offizielle Schweiz gerichtet, und sie dem Bundesrat zukommen lassen. Es ist Aufgabe der Schweiz, gegen jeglichen Antisemitismus vorzugehen. Es kann aber nicht sein, dass unter falschen Prämissen missliebige Kritik an der israelischen Politik als antisemitisch delegitimiert wird.

„Vermischt Kritik an Antisemitismus nicht mit Kritik an Israel“ – schrieben auch 35 israelische Gelehrte in einem offenen [Brief](#). Auch sie warnen vor einer Instrumentalisierung der IHRA-Definition. Europa müsse sich gegen das Erstarken des Antisemitismus einsetzen, dies dürfe aber nicht dazu führen, dass Kritik an Verletzungen palästinensischer Menschenrechte unterdrückt wird.

Wie kontrovers das Thema ist, zeigte auch ein Diskussionsabend im Zürcher Kosmos zur Frage Israelkritik = Antisemitismus? Hier geht's zum [Live-Mitschnitt](#) des Abends (Facebook). Die NZZ hat in einem Rundumschlag ([online](#) und [print](#) – man beachte die Unterschiede) auch den Abend im Kosmos diffamiert. Einige [LeserInnenbriefe](#) sind erschienen, andere eingesandte ([a](#) und [b](#)) nicht.

Kritik an Besatz wird gebrandmarkt

Und hier noch zwei Beispiele dafür, wie Kritik an der israelischen Besatzungspolitik resp. Solidarisierung mit der palästinensischen Seite als antisemitisch gebrandmarkt wird:



[Airbnb](#) hat beschlossen, Adressen von Unterkünften in jüdischen Siedlungen in der Westbank aus dem Verzeichnis zu nehmen. Der Entschluss wurde in Israel sofort als antisemitisch und rassistisch bezeichnet und als Verstoss gegen das Anti-Boycott Gesetz.

Der US-amerikanische TV-Sender CNN hat nach Protesten der ADL (Anti Defamation League) den Vertrag mit dem Medienwissenschaftler Marc Lamont Hill [gekündigt](#). Er hatte vor der [UNO](#) am Tag der Solidarität mit dem palästinensischen Volk die israelische Besatzungspolitik gegeißelt, vom Recht eines unterdrückten Volkes, sich zu wehren gesprochen und – im Sinne einer Zukunftsvision - von einem „freien Palästina von Meer bis zum Jordan“ gesprochen. In der Folge erklärte er, er habe damit einen binationalen Staat für Israelis und Palästinenser gemeint.

Ausserdem:

Die Schweiz unterstütze 73 palästinensische NGO – ob sie auch in andern Ländern ein vergleichbar grosses Engagement zeige, wollte der Zürcher Ständerat Daniel Jositsch (SP) vom Bundesrat wissen. Jositsch stützte sich dabei auf Zahlen in der NZZ, die nicht stimmten. Mit [Antwort](#) vom 21. November hat der Bundesrat jetzt die Annahme widerlegt, das EDA könnte sich bezüglich Israel/Palästina parteiisch engagieren.

Und zum Schluss noch dies

Die Abstimmung zur Selbstbestimmungsinitiative ist überstanden – wir sind erleichtert. Vielen Dank all jenen, die sich zum Schutz unserer demokratischen Rechte eingesetzt haben.

Redaktionsteam: Shelley Berlowitz und Sibylle Elam

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung der Autorin/des Autors wieder und stimmen nicht unbedingt mit der Meinung der "Jüdischen Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina" jvjp überein. Sie enthalten aber in jedem Fall Ansichten, die wir bedenkenswert finden. Die Newsletter der jvjp dürfen weiter versendet und verlinkt werden unter der Bedingung, dass sie nicht verändert werden und die jvjp als Herausgeberin genannt wird.

www.jvjp.ch
info@jvjp.ch

IBAN CH8500700111201105073

Zur Abmeldung vom Newsletter klicken Sie [hier](#).

